

Jedes Ding hat eine geistige Dimension

Dass Mitglieder der Heilsarmee, die bekannt ist für ihre Gesangsvorführungen, ihre Sammelaktionen und ihre caritativen Einsätze, auch Teufelsaustreibungen und dergleichen durchführen (NZZ 18. 4. 20), wusste ich bis jetzt nicht. Der Exorzismus ist eigentlich eine Domäne der katholischen Kirche. Man beruft sich auf Jesus, der laut Evangelien zahlreiche böse Geister ausgetrieben hat. Tatsache ist, dass es schon immer Menschen gegeben hat, die an Wahnvorstellungen litten, auf irgendeine Weise besessen waren, Angstzustände hatten, Geister sahen, in Raserei gerieten usw. Eines der schlimmsten Beispiele von Macht- und Grössenwahn ist Hitler, seine Obsession hat beispielloses Unheil angerichtet. Dass es gute und böse Mächte gibt, kann auch ein Materialist nicht bestreiten. «Jedes Ding hat eine geistige Dimension», sagt der französische Symbolist Odilon Redon. Man kann noch längst nicht alle geistigen Phänomene wissenschaftlich erklären.

Walter Artho, Schlieren

Maturaprüfungen

Es ist kaum zu glauben, was jetzt in Sachen Schule und Corona abgeht. Die Maturanden weigern sich, zur Prüfung zu gehen. Einige Kantone wollen schon gar keine Maturaprüfung durchführen, andere plädieren für eine Vereinfachung. Die zukünftige Elite des Landes muss geschont werden. Doch wir brauchen Akademiker, welche auch in schwierigen Zeiten durchhalten. Mit der Wiederaufnahme des Schulunterrichts auf der Unter- und Mittelstufe steht es nicht besser. Eltern wollen teilweise aus Angst ihre Kinder nicht zur Schule schicken. Angeblich sollen 10 Prozent der Lehrerschaft von der Arbeit dispensiert werden, und die oberste Schweizer Lehrerin verlangt wissenschaftliche Aussagen zur Gefährlichkeit und Übertragbarkeit der Krankheit für Kinder. Sie hat immer noch nicht begriffen, dass das Virus sehr komplex ist im Verhalten und wir wohl noch jahrelang mit ihm leben müssen. Ich würde ihr empfehlen, das Interview mit dem Infektiologen Christoph Berger vom Kinderspital Zürich zu studieren und insbesondere seine Aussage zu verinnerlichen: «Dieses Virus werden wir so schnell nicht los.» Welche Signale mit solchem Verhalten ausgesandt werden, ist wohl klar: Jeder und jede kann in diesem Staat nun machen/fordern, wie es ihm oder ihr gefällt. Solange Herr Berset sagt: «Bleiben Sie zu Hause!», ist alles in Ordnung.

Andreas Weisflog, Urdorf

Corona-Versäumnisse

Die Coronaviren sind seit den 1960er Jahren bekannt. In mehreren Ländern wurden vor acht Jahren die ersten ernsthaften Corona-Forschungen betrieben. Deren wissenschaftliche Ergebnisse, die genau zu Sars-CoV-2 führten, sind auch vollumfänglich den Regierungen mitge-

teilt worden. In keinem Fall haben diese aber den Forschungseinrichtungen der betreffenden Länder finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, die eine zuverlässige wissenschaftliche Enderforschung (mit Impf- und Behandlungstoffen) des Sars-CoV-2 ermöglicht hätten. In allen Fällen handelte es sich (nach allgemeiner Kenntnislage) um nationale Forschungen, die in keinen internationalen Wissenschaftsaustausch beziehungsweise internationale Zusammenarbeit eingebunden waren. Bekannt ist nur, dass ein chinesischer Forscher und renommierter Spezialist des gesamten Virenverbundes vergeblich Kontakt gesucht hat zu amerikanischen und europäischen Labors, Instituten und Universitäten. Damit waren – unverzeihlich! – eine Impfstoffentwicklung, eine Früherkennung und eine Frühbehandlung von Covid-19 unmöglich, und eine realistische und offene Riesenchance wurde vertan. Die Forschung blieb, marktgesteuert, in privaten, inkompetenten und uninteressierten Händen und wurde von Regierungen nicht beachtet. An die Konsequenzen, die aus diesem Faktum zu ziehen sind, ist schon heute zu denken. An den Politikern ist es, medizinische Forschungsmittel immer frühzeitig bereitzustellen und internationalen Forschungen zu öffnen. Jetzt! Politiker dürfen in Wissenschaftsfragen keine Spätaufsteher mehr sein.

Prof. Dr. Hermann Hofer, D-Marburg

Die Chance

Hat die NZZ-Redaktion wohl einen verkappten Aufmerksamkeitstest mit ihrer Leserschaft durchgeführt, dass sie folgenden Satz im Text von Martin Rhonheimer durchgehen liess (NZZ 25. 4. 20)? «Klar sollte jetzt werden, dass unser Wohlstand nicht vom Staat und seinen Bürokratie kommt, die ja nur die Früchte der produktiven Arbeit der Bürger in der Form von Steuern in ihre eigenen, teilweise notwendigen, aber naturgemäss unproduktiven Verwendungen umlenken.» Schon die logisch unstatthafte Aufhebung der Identität des Staates und seinen ihm im Kollektiv verkörpernden Bürgern hätte die Redaktion sonst als argumentativ unseriös und unhaltbar erkennen und tilgen müssen.

Und erst recht Rhonheimers absolut formulierte Behauptung, wonach die staatlichen Akteure die Steuern in «naturgemäss unproduktive» Verwendungen umlenken, hätte sie als von libertärer Ideologie diktierte Sottise ohne jeglichen Realitätsbezug wohl nicht durchgehen lassen. Denn jedem ist klar, dass der von Rhonheimer als notwendig unproduktiv geschmähte Staat mit seinem Bildungspersonal auf allen Stufen bis hin zu den Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten und technischen Hochschulen die Bürger erst dazu befähigt, mit hoher Fachkompetenz produktiv tätig zu sein, und jedem ist bewusst, dass der Staat und sein von ihm ausgebildetes Gesundheitspersonal dafür sorgen, dass die Bürger ihre beruflichen Kompetenzen ohne übermässige krankheitsbedingte Absenzen am Arbeitsplatz auch produktiv und wohlstandsfördernd zum Tragen bringen können.

Solche wichtigen staatlichen Vorleistungen und Sicherungen der Produktivi-

tät muss der stramme libertäre Ideologe zur Wahrung seines staatsverketzernden Weltbildes natürlich ausblenden. Die Redaktion einer Qualitätszeitung sollte trotz einer gewissen Nähe zum Standpunkt des Verfassers Artikel unterdrücken, wenn darin die berühmte Wahrheitsdefinition von Thomas von Aquin, die *adaequatio rei et intellectus*, die möglichst umfassende Übereinstimmung von Urteil beziehungsweise behauptetem Befund und Sachverhalt, wie im oben zitierten Satz nicht einmal ansatzweise gegeben ist. Ich kann es mir nicht anders erklären: Es war ein Aufmerksamkeitsstest.

Daniel Weber, Schönenberg

Börse vor dem Realitäts-Check?

In der NZZ vom 25. April («Reflexe») wird befürchtet, dass sich die Investoren in ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Krisenlage von der Realität abgekoppelt hätten und grössere Kursrückgänge unausweichlich sein würden. Diese Befürchtung schliesst an eine lange Serie von Crash-Warnungen an, wobei sie allesamt viel zu früh kamen. Die Argumente im erwähnten Artikel sind aber durchaus überzeugend, doch fehlt ein gewichtiges Gegenargument.

Die weltweit gewaltig aufgeblähte Liquidität, die bedrohlich steigende öffentliche und private Verschuldung und die extrem tiefen Zinssätze machen Alternativen zu den teuren Aktienanlagen noch unattraktiver. Obligationen ohne Rendite umfassen die Risiken steigender Zinssätze, der Inflation und der Gefährdung der Rückzahlung und bieten keinerlei Gewinn- und Ertragschancen. Auch andere Anlageformen wie etwa Liegenschaften schneiden nicht besser als Aktien ab. Bleiben als Alternative dann nur noch Barguthaben mit Negativzinsen – auch keine befriedigende Lösung. Für institutionelle und grosse Privatvermögen mit einem riesigen Anlagebedarf gibt es daher kaum Alternativen zu den Aktien – dies wohl noch für längere Zeit. Wenn insbesondere bei grösseren Kurseinbrüchen Liquidität wieder in Aktien investiert wird, ist das vielleicht gar nicht so unverständlich. Die heutige Situation hat etwas Einmaliges und findet in der Vergangenheit keine Parallelen. Auch das gehört zum Realitäts-Check der Börse.

Robert Straub, Zürich

KORRIGENDUM

zz. · In dem Artikel über die beiden Adidas-Gründer Adi und Rudolf Dassler in der Ausgabe vom 29.4.20 wurde das Gerücht kolportiert, Adi habe während des Krieges mit seiner Schwägerin ein Verhältnis gehabt. Die Nachkommen von Adi Dassler legen Wert auf die Feststellung, dass es weder das Gerücht noch das Verhältnis gegeben hat.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Corona geht nicht in den Ruhestand

Gastkommentar

von PETER FRIES

Die Corona-Krise hat Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge. So ist auch die diePKG-Pensionskasse als institutionelle Anlegerin von den Turbulenzen an den Kapitalmärkten betroffen. Hier gilt die Devise der ruhigen Hand: Die Anlageexperten beobachten die Ereignisse aufmerksam und schätzen sie ständig neu ein. Dabei kommt dem Unternehmen die langfristig ausgelegte Anlagestrategie zugute. Sie schützt auch in Krisenzeiten vor kurzfristigen und emotionalen Entscheidungen. Einen zusätzlichen Schutz bilden die Wertschwankungsreserven, die 2019 um 619 Millionen Franken aufgestockt wurden.

Bei einer Infektion mit dem Coronavirus gelten bei den Pensionskassenleistungen die gleichen Bedingungen wie für andere Erkrankungen. Eine durch den Arbeitgeber verordnete Quarantäne gilt nicht als Arbeitsunfähigkeit.

Die gegenwärtige Pandemie hat schmerzliche Liquiditätsengpässe bei den KMU zur Folge. Einerseits betrifft dies die BVG-Beiträge, und andererseits können Geschäfts- und Wohnungsmieten nicht termingerecht beglichen werden. In beiden Fällen ist diePKG-Pensionskasse in Form von Mahnsperren beziehungsweise vorübergehenden Stundungen und Abzahlungsvereinbarungen kulant. Hier leben wir nach der Devise «Man muss reden miteinander». Auf Verzugszinsen wird nach Möglichkeit verzichtet.

Weiter werden Liquiditätsengpässe mit Sonderregeln überbrückt. So können die gesamten Pensionskassenbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) für sechs Monate vollumfänglich mit den vorhandenen Arbeitgeberbeitragsreserven verrechnet werden. Dies geht auf einen Bundesratsbeschluss vom 25. März 2020 zurück. Arbeitnehmende, die über fünfzig Jahre alt sind und Corona-bedingt den Arbeitsplatz verlieren, werden in Form eines Job-Coachings unterstützt. Arbeitgeber, die Kurzarbeitsentschädigung erhalten, sind verpflichtet, während der Dauer der Kurzarbeit

Die Pensionskassen sollten für die Post-Corona-Zeit in ihrer Agenda zwei Punkte anstreichen: Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

die vollumfänglichen, der normalen Arbeitszeit entsprechenden gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge auszurichten. Sie sind auch berechtigt, die vollen Beitragsanteile der Arbeitnehmenden vom Lohn abzuziehen. Bei einer Lohnsenkung aufgrund einer Beschäftigungsreduktion werden der versicherte Verdienst und damit auch die Beiträge neu berechnet. Ein besonderes Gewicht wird dem Case-Management beigemessen, das diePKG-Pensionskasse in Zusammenarbeit mit derPKRück anbietet: Die arbeitsunfähigen Versicherten werden trotz Corona begleitet.

Und die Zeit nach Corona? Da ist vor allem die Politik gefordert. Es liegt an ihr, endlich greifende Reformen durchzusetzen, die eine langfristige Sicherung der Renten garantieren. Sie müssen finanziell für die Versicherten und die Arbeitgeber tragbar und durch uns Pensionskassen operativ einfach umsetzbar sein. Vor allem sollen keine unnötigen Umverteilungen beschlossen werden. Die Pensionskassen ihrerseits können zwei in der Post-Corona-Zeit die Agenda bestimmende Themen angehen: die Digitalisierung und die Nachhaltigkeit.

Mit der konsequenten Umsetzung der Arbeit im Home-Office und der Digitalisierung der Prozesse sind wir auf Kurs. Um den Betrieb für die Unternehmen und die Versicherten aufrechtzuerhalten, sind unsere Mitarbeitenden seit Mitte März im Home-Office per Telefon und E-Mail erreichbar. Persönliche Meetings werden durch andere Formen der Kommunikation wie beispielsweise Video- und Telefonkonferenzen ersetzt. Und die Nachhaltigkeit forcieren wir gezielt mit adäquaten Investments.

Peter Fries ist Vorsitzender der Geschäftsleitung derPKG-Pensionskasse, einer Gemeinschaftsstiftung für KMU in der Schweiz.

NZZ DIGITALK

Afrika – ein Blick auf den vergessenen Kontinent

Afrika-Kenner und NZZ-Korrespondent **David Signer** berichtet seit 2016 aus Afrika und lebt in Dakar. In seinen einfühlsamen Reportagen bringt er den NZZ-Lesern die Eigenheiten des oft vernachlässigten Kontinents näher. Wir fragen nach: Was macht die derzeitige Krise mit einem Kontinent, in dem häufig Beziehungen Versicherungen und Vorsorge ersetzen? In dem das Gesundheitssystem vielerorts völlig unzureichend ist? Wie sind die Auswirkungen der aktuellen Lage, auch auf die häufig als Hoffnungsträger genannten Länder Ghana oder Äthiopien? Wie sieht es in den Tourismusregionen aus? Im Gespräch mit **Fabian Urech**, NZZ-Auslandredaktor, erzählt David Signer von seinen Erlebnissen in den vergangenen Wochen. Erfahren Sie in diesem persönlichen Gespräch mehr darüber und stellen Sie Ihre persönlichen Fragen.

📅 Donnerstag, 7. Mai 2020, 18.30 Uhr
📍 Online, Sie erhalten einen Link zugestellt
💰 Abonnentenpreis Fr. 10.–/Normalpreis Fr. 12.–

Tickets und Informationen
➔ nzz.ch/digitalk

NZZ LIVE

ONLINE-
VERANSTALTUNG